



Protokoll der 16. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. Dezember 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Baumgartner Verena (GL), Holinger Benjamin (GL), Meyer Denise (SVP), Odermatt Dominic (FDP) und Schneider Dominic (CVP/EVP/GLP)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement» von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2021-80
1. Protokoll der Ratssitzung vom 24. November 2021 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 24.11.2021 wird einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Ersatzwahl in Büro des Einwohnerrates <i>://: Anstelle von Daniela Reichenstein (FDP) wird einstimmig Thomas Eugster (FDP) als Mitglied des Ratsbüros ab 1. Januar 2022 gewählt.</i>	2021-76
3. Budget und Jahresprogramm 2022 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) <i>://: Das Jahresprogramm 2022 wird einstimmig genehmigt</i> <i>://: Das Budget 2022 wird in der Schlussabstimmung einstimmig genehmigt.</i>	2021-70 2021-70a
4. Quartierplanung «Im Oristal» - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Die Quartierplanung «Im Oristal» wird gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK einstimmig genehmigt.</i>	2021-64 2021-64a
5. Quartierplanung «Mühlemattstrasse» - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung <i>://: Die Quartierplanung «Mühlemattstrasse» wird gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der BPK einstimmig genehmigt.</i>	2021-68 2021-68a
6. Stadthalle – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zur Initiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal <i>://: Einstimmig wird die Initiative für rechtsgültig erklärt.</i> <i>://: Der Einwohnerrat gibt der nichtformulierten Gemeindeinitiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal, welche die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie verlangt, mit 32 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen keine Folge.</i>	2021-37 2021-37a

- | | | |
|-----|---|---|
| 7. | Parkleitsystem: Zwischenbericht
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-81 |
| 8. | Veloverkehr Tiergartenstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «Veloverkehr auf neuer Tiergartenstrasse beim Parkhaus SBB» von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Joel Bühler der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2019/131
2019/131a |
| 9. | Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement (Nr. 2021-80) – Berichte Stadtrat zu Postulat Nr. 2020/188 betreffend Kinderbetreuung in Liestal der SP Liestal sowie zu Postulat Nr. 2021-41 «Eine Strategie der Frühen Förderung für Liestal» von Lisa Faust der Grünen Fraktion, Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Susi Thommen der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Richard Gafner der FDP-Fraktion
<i>Absetzung von der Traktandenliste.</i> | 2021-80
2020/188
2020/188a
2021-41
2021-41a |
| 10. | Wiedenhubstrasse, Einbahnverkehr – Postulat «Wiedenhubstrasse mit Einbahnverkehr» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion; Bericht Stadtrat
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2020-11
2020-11a |
| 11. | Vortrittsregel-Änderung – Bericht Stadtrat zu Postulat «Änderung Vortrittsregelung Kasernen-/Seltisbergstrasse/Kantinenweg» von Stefan Fraefel und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2020-25
2020-25a |
| 12. | Grüne Siedlung – Postulat betreffend kantonalem Projekt «Grüne Siedlung – günstig und mit externer Expertise einen entscheidenden Schritt für mehr Stadtgrün» von Benjamin Holinger und Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Dominic Odermatt der FDP-Fraktion, Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion; Bericht Stadtrat
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-44
2021-44a |
| 13. | Sport- und Volksbad Gitterli AG - Postulat der Finanzkommission «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen»
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-77 |
| 14. | Stopp-Strategie der SBB – Interpellation betreffend neue Stopp-Strategie der SBB von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-78 |
| 15. | Fotovoltaik-Anlagen – Interpellation «Fotovoltaik (PV)-Anlagen in der Kernzone» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion; schriftliche Antwort Stadtrat
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2021-79
2021-79a |

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Ratssitzung im Jahr 2021 des Einwohnerrates Liestal.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Gemäss Bundesratsbeschluss vom 3. Dezember 2021 und Entscheid des Ratsbüros vom 16. Dezember 2021 gilt folgendes Schutzkonzept COVID-19 für die heutige Sitzung:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen.
 - Beim Eingang in den Landratssaal können Hygienemasken bezogen werden. Es gilt die Maskentragpflicht für alle Anwesenden im ganzen Regierungsgebäude und während der ganzen Sitzung.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Türen und Fenster im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
 - Ein Sicherheitsdienst-Mitarbeiter der Firma THB wird die Einhaltung der Sicherheitsvorkehrungen überwachen.

- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und wegen den erschwerten Bedingungen bzw. der Maskentragpflicht bereits um 19.00 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies der Vizepräsidentin anzeigen, damit diese eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.

Tischpapiere

Es wurden keine Tischpapiere verteilt. Die neuen Vorstösse sind den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail des Ratsschreibers zur Kenntnisnahme zugestellt worden.

Neue persönliche Vorstösse

- Kunst an der Wand – Postulat «Kunst an der Wand» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion, Benjamin Erni und Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-82)
- Zugänglichkeit zu Sportanlagen Gitterli – Postulat «Zugänglichkeit von Skaterpark, Beachvolleyballfeld, geplanter Pumptrak auf dem Areal der Sportanlagen Gitterli» von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Dominik Beeler und Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion (Nr. 2021-83)
- Überalterung-Konsequenzen – Interpellation «Die demographische Entwicklung (Überalterung) und die Konsequenzen daraus für die Stadt Liestal» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion (Nr. 2021-84)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|-------------------------------------|
| - Jenny Yves (CVP/EVP/GLP, Ersatzmitglied) | Seite A (SP, Teil GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP, Teil GL) |
| - Weyeneth Anja (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass er aufgrund der verkürzten Dauer auf die Information über den aktuellen Stand des SBB-Vierspurausbau verzichtet. Die vorbereitete Powerpoint-Präsentation wird vom Ratsschreiber den Ratsmitgliedern per E-Mail übermittelt.

Stadträtin Regula Nebiker nimmt Bezug auf die stadträtliche Medienmitteilung und hält fest, dass wegen der Corona-Pandemie die Fasnachtsveranstaltungen 2022 nicht in der gewohnten Form durchgeführt werden können. Die grossen Umzüge können nicht stattfinden, doch gemäss Plan B sollen einige Fasnachtsveranstaltungen dennoch im März stattfinden können, wozu im Januar noch über Details informiert wird.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Hanspeter Meyer (SVP) informiert auftrags des Organisationskomitees darüber, dass auch der Jubiläumsanlass «50 Jahre Einwohnerrat Liestal» vom 26. Januar 2022 Corona zum Opfer fällt und abgesagt werden muss. Dieser Anlass wird vermutlich am 29. Juni 2022 stattfinden. Lösungen und Alternativen bezüglich dem Apéro der neuen Ratspräsidentin Sonja Niederhauser sowie dem Amtsjahrschlusssessen werden vom Büro noch gesucht.

Traktandenliste

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt namens des Ratsbüros den Antrag, dass das Traktandum Nr. 9 bzw. die Vorlage Nr. 2021-80 «Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement» von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird.

Diese Vorlage ist vom Büro gemäss § 19 ER-Geschäftsreglement ausnahmsweise an der Bürositzung vom 16.12.2021 direkt an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen worden, da die Überweisung wohl erst an der Januar-Sitzung hier im Rat hätte beraten und beschlossen werden können. Das Geschäft bzw. der GOR-Kommissionsbericht wird auf die ER-Sitzung vom 30. März 2022 traktandiert.

Dominique Meschberger (SP) informiert darüber, dass die SP-Fraktion und auch die Grüne Fraktion die Vorlage ebenfalls noch gerne in der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) vorberaten hätten. Der Zeitaspekt beim vorliegenden Geschäft ist ebenfalls prioritär, weshalb man auf eine diesbezügliche Antragstellung verzichtet. Die SBK wird sich jedoch im Zusammenhang mit dem Entwicklungs- und Finanzplan 2022-2026 noch zum FEB-Reglement äussern.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erklärt als GOR-Präsident, dass die Fragen und Inputs der Ratsmitglieder zur Vorlage Nr. 2021-80 ja direkt bei den GOR-Mitgliedern eingespielen werden können. Gegebenenfalls können SBK-Mitglieder ja auch als Gäste an einer GOR-Sitzung angehört werden.

://: Dem Antrag des Büros wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Familienergänzende Kinderbetreuung, FEB-Reglement» (Nr. 2021-80) von der Traktandenliste abgesetzt.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

Die Traktandenliste für die heutige Ratssitzung wird gemäss Einladungsschreiben vom 08. Dezember 2021 mit der vorgängig beschlossenen Änderung einstimmig beschlossen.

132 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 24. November 2021

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt. Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Sitzung vom 24. November 2021 wird einstimmig genehmigt.

133 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Ersatzwahl in Büro des Einwohnerrates (Nr. 2021-76)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat mit einer offenen Wahl des Vorgeschlagenen einverstanden erklären kann.

://: Einstimmig wird Thomas Eugster (FDP) anstelle von Daniela Reichenstein (FDP) ab 1. Januar 2022 als Mitglied des Ratsbüros gewählt.

134 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Budget und Jahresprogramm 2022 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (Nr. 2021-70)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) orientiert, dass das Geschäft nach folgendem Ablauf behandelt wird:

- 1. Eintreten**
- 2. FIKO-Bericht (Nr. 2021-70a)**
- 3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**
- 4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**
- 5. Einzelredner: Gesamtwürdigung**
- 6. Anträge**

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Markus Rudin SVP stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht zur Diskussion gestellt wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2021-70a)

Bruno Imsand (FDP) stellt wegen der Abwesenheit des FIKO-Präsidenten Benjamin Holinger den FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-14a fest: Die stadträtliche Medienmitteilung betreffend den Budget-Zahlen 2022 hatte auch die FIKO schockiert, können doch im 2022 mit den laufenden Einnahmen nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben gedeckt werden. Der FIKO-Präsident lässt sich aber nicht wegen dem Budget-Schock, sondern aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen. Er wird sich nachher zu den 3 Baustellen „Liestal“, „Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden“ sowie „Zentrumsfunktionen Liestal“ äussern. Betreffend Liestal-spezifisch hatte vor allem der Engelsaal-Baukredit von TCHF 290 Anlass zu regen Diskussionen in der FIKO gegeben. Vom Stadtpräsidenten ist versichert worden, dass kein Geld ausgegeben wird, bevor der Pachtvertrag mit den Engelsaal-Betreibern unterzeichnet ist. Die Kosten scheint man im Sozialbereich nun doch im Griff zu haben und diverse Massnahmen zeigen nun Wirkung. Hinsichtlich der laufenden Aufgabenüberprüfung war man eigentlich erstaunt, dass der Stadtrat den Schnitt nicht tiefer angesetzt hatte. Die diesbezüglichen Massnahmen werden von der FIKO im Zusammenhang mit dem EP 2022-2026 noch genauer angeschaut. Die FIKO möchte aber bereits heute zu Handen des Protokolls allen Mitarbeitenden der Stadt Liestal den besten Dank dafür aussprechen, dass diese alles Mögliche dafür tun, damit die Finanzen zumindest so bleiben, wie sie heute sind. Man weiss auch, dass in verschiedenen grösseren Gemeinden des Kantons mehr Köpfe pro 1000 Einwohner arbeiten, als dies in Liestal der Fall ist. Im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und Gemeinden muss beispielsweise im Bildungsbereich daraus hingewiesen werden, dass vom Kanton die Stellenprozente für die Schulleitung und das Schulsekretariat vorgeschrieben

werden, doch wird die Qualität der Schulen nicht angeschaut und überprüft. Die fehlenden Qualitätskriterien irritieren natürlich schon. Die Steuervorlage SV 17 hat Steuermindereinnahmen bei der juristischen Personen von 3,5 Mio. Franken zur Folge. Die vom Kanton versprochenen Ausgleichmassnahmen sind nicht realisiert worden und nicht nur Liestal hat enorm unter den fehlenden Kompensationen zu leiden. Nun beabsichtigt der Kanton ebenfalls, dass die Vermögenssteuern gesenkt werden. Die finanziellen Folgen sind nicht bekannt und im Budget auch nicht veranschlagt. Auch bei dieser Revision und Steuersenkung haben die Gemeinden wiederum die Folgen zu tragen, da ja die Vermögenssteuererträge von einem prozentualen Anteil der vom Staat erhobenen Steuer abhängen. Die Gemeinden haben keinen Einfluss auf diese Steuererträge und sollten sich als Sklaven von kantonalen Vorschriften einbringen sowie nach neuen Regelungen suchen. Den diesbezüglichen Zeitungsbericht „Die Zitrone ist ausgepresst“ von dieser Woche sollte man auf den Titel „Jetzt längt es“ umbenennen. Im Zusammenhang mit der Zentrumsfunktion Liestals möchte er darauf hinweisen, dass wir nebst der Kaserne und Zoltschule zusätzlich als Kantonshauptort auch noch über Spitäler sowie kantonale Verwaltungen und Einrichtungen haben. Diese Institutionen beanspruchen Flächen, Infrastrukturen usw. der Stadt Liestal, doch zahlen sie keinerlei Steuern an die Standortgemeinde Liestal. Auch hat man einige Altersheime sowie soziale Institutionen, welche ja durchaus wertvoll sind, aber ebenfalls keine finanziellen Beiträge an die kommunalen Infrastrukturen leisten. Auch hat die Kantonalbank Baselland ihren Hauptsitz in Liestal. Die Kantonalbank Zürich zahlt beispielsweise vom erzielten Gewinn nicht nur dem Kanton etwas in das Kässeli, sondern leistet ebenfalls Zahlungen an die Standortgemeinden ihrer Bankfilialen. Ein solche Regelung könnte ja auch im Kanton Baselland eingeführt werden. In der heutigen Zeitung konnte man lesen, dass Liestal nach Auswegen sucht. Auswege haben ja meist auch etwas mit Flucht zu tun und so hätte geschrieben werden müssen, dass Liestal nach Lösungen sucht. Trotz dem tiefroten Budget stimmt die FIKO sämtlichen Anträgen des Stadtrates, mit Ausnahme des vierten Antrages bezüglich der Teuerung, zu. Nach der Budget-Verabschiedung durch den Stadtrat ist ja vom Kanton ein Teuerungsausgleich von 0,05 % beschlossen worden. Die Annahme eines Schreibfehlers hat sich nicht bestätigt und dieser Entscheid muss fast als Schildbürgerstreich bezeichnet werden, denn dies hätte bei einer Übernahme der kantonalen Regelung für die Stadt Liestal mit 160 Mitarbeitenden Mehrkosten von rund CHF 13'000.— zur Folge und die dadurch nötigen Anpassungen und Neuberechnungen würden in keinem Verhältnis stehen. Die FIKO beantragt deshalb, dass für das Jahr 2022 kein Teuerungsausgleich beschlossen wird. Der Einwohnerrat möchte deshalb allen FIKO-Anträgen zustimmen, damit der Stadtrat handlungsfähig bleibt und diesem durch den Rat der Rücken für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Gemeinden und dem Kanton gestärkt werden kann.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler weist darauf hin, dass im Budget 2022 abgebildet wird, welche Bedürfnisse der Bevölkerung umgesetzt werden sollen. Die Leistungen werden in Zahlen gegossen und zusammen mit den Erträgen im Budget abgebildet. Ein Budget-Defizit war ja zu erwarten und das Defizit von 4,7 Mio. frustriert natürlich nicht nur den Stadtrat. Privat lebt man nach dem Prinzip, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Bei den Stadtfinanzen verhält es sich aber nun so, dass für die Finanzierung von Tagesgeschäften bereits Kredite aufgenommen werden müssen. Glücklicherweise sind die Corona-Folgen nicht so eingetroffen, wie man es befürchtet hatte. Es heisst immer wieder, den Baselbieter-Gemeinden gehe es gut, doch diesbezüglich ist er ganz klar anderer Meinung. Nebst den steigenden Kosten bei den Gemeindeaufgaben wie Alter, Soziales, Bildung usw. müssen wir uns noch mit dem Korsett des Kantons abplagen, welches die Gemeinden massiv in der Steuerung einschränkt. Und auch die Erträge brechen weg, sind dies beispielsweise die Folgen der Steuervorlage 17 sowie die noch bevorstehende Vermögenssteuerreform, bei welchen die Gemeinden keine Kompensationsmöglichkeiten haben. Bei der Vermögenssteuerreform wird der Regierungsrat wohl stark nachbessern müssen, ansonsten werden die Gemeinden wohl aufstehen und diese Vorlage versenken. Nicht Liestal alleine hat finanzielle Probleme. In den letzten

Wochen sind verschiedenen Budget-Vorlagen vom Souverän zurückgewiesen und Steuererhöhungen von bis zu 15 % beschlossen worden. Gemäss Statistik haben von 86 Gemeinden insgesamt 24 Gemeinden die Rechnung 2020 mit einem Negativergebnis abgeschlossen. 42 Gemeinden haben zudem einen Selbstfinanzierungsgrad von weniger als 90 % und 32 Gemeinden gar einen Selbstfinanzierungsgrad von weniger als 50 %. 14 Gemeinden mussten gar einen negativen Selbstfinanzierungsgrad ausweisen. Und nur gerade 17 Gemeinden des Kantons haben einen tieferen Bilanzüberschuss pro Kopf als die Stadt Liestal. Die Aufgabenüberprüfung im laufenden Jahr hatte doch auch den positiven Effekt, dass Verwaltung und Stadtrat zusammen geschweisst wurden. Und wenn mit der Aufgabenüberprüfung die finanzielle Gesamtsituation um 4,2 Mio. verbessert werden kann, ist dies doch ein sehr gutes Ergebnis. Im Zusammenhang mit den Anträgen des Stadtrates und der FIKO kann er darüber informieren, dass der Stadtrat seinen Antrag „Teuerungsausgleich“ zurück zieht und dem FIKO-Antrag ebenfalls Folge leistet. Trotz grossen Bemühungen und Priorisierungen ist man schlussendlich zu einem schlechten Budget-Ergebnis 2022 gekommen. Er hofft aber doch, dass mit der Aufgabenüberprüfung sowie den flankierenden politischen Massnahmen künftig doch ein besseres Budget vorgelegt werden kann. Denn es kann nicht sein, dass es sich Liestal trotz hohem Steuerfuss von 65 % nicht einmal leisten kann, die Leistungen und eigenen Infrastrukturen mit eigenen Mitteln bezahlen zu können.

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Pascale Meschberger (SP) äussert, dass das Budget-Resultat schon frustrierend ist und das strukturelle Defizit wäre auch wesentlich kleiner, wenn man die Steuervorlage 17 abgelehnt hätte. Das Resultat der Aufgabenüberprüfung liegt über ihren Erwartungen, doch reichen diese Massnahmen noch nicht. Es bleibt die kleine Hoffnung, dass die Rechnungen besser als die Budget-Resultate abschliessen werden, wie dies in der Vergangenheit ja auch der Fall war. Liestal ist aber ganz offensichtlich an ihre finanziellen Grenzen gestossen, was für einen Zentrumsort doch bedenklich ist. Ihre Fraktion möchte aber auch bei all den SpARBemühungen beispielsweise nicht auf das Gitterli-Bad verzichten, ebenso müssen weitere wichtige Investitionen getätigt werden können. Lösungsideen sind gefragt und es braucht beispielsweise auch die Solidarität unter den Nachbargemeinden. Nebst den Sparmassnahmen muss doch auch die Einnahmenseite angeschaut werden, wobei eine Steuerhöhung indiskutabel ist, da wir uns ja bereits am oberen Limit befinden und eine solche finanziell auch nicht viel bringen würde. Häufig beklagen wir die kantonalen Vorgaben an die Gemeinden, was zum Teil ja richtig ist. Es ist aber wichtig, dass vom Kanton gewisse interkommunale Unterschiede im Bildungs- und Sozialhilfebereich usw. ausgleicht. Auch sollte der Kanton ebenfalls gewisse finanzielle Risiken der Gemeinden bis zu einem gewissen Grad ausgleichen. Die Steuergesetze sind noch immer sehr unterschiedlich, die Standortförderung betrifft vor allem die Agglomerationsgemeinden rund um Basel. Im kantonalen Finanzplan wird seit Jahren ein finanzieller Ausgleich in Aussicht gestellt, doch auf die Umsetzung wartet man vergeblich. Gespannt darf man auch auf die Folgen der bevorstehenden Steuerreformen sein, denn das strukturelle Defizit von Liestal dürfte nochmals rund TCHF 700 schlechter werden. Nicht nur Liestal leidet darunter, dass vom Kanton gewisse Gemeindeflächen besetzt werden und man davon keine Einnahmen generieren kann, doch darf Liestal nicht vergessen, dass die vorgängig erwähnten kantonalen Einrichtungen sowie Institutionen doch auch ein Standortvorteil sind. Nebst der armen Einwohnergemeinde und Stadt Liestal haben wir aber auch noch die reiche Bürgergemeinde. Von der Bürgergemeinde können wir viel lernen, denn diese hat in Boden investiert, was nachhaltig ist und zu einer langfristigen finanziellen Sicherheit führt. Erfreulich ist, dass seit den letzten Wahlen das Verhältnis zur Bürgergemeinde deutlich besser wurde, doch besteht zum Wohl von Liestal noch weiterer Gesprächsbedarf. Ihre Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung, der FIKO und ihrem Präsidenten für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem Budget 2022 sowie der Aufgabenüberprüfung. Ihre Fraktion wird den FIKO-Anträgen zustimmen und erwartet, dass in einem späteren Zeitpunkt der Teuerungsausgleich von 0,05 % doch noch hinzugerechnet wird.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass das Budget-Ergebnis und auch die fehlenden Perspektiven zur Verbesserung der finanziellen Situation tatsächlich frustrieren. Einige Gründe sind von den Vorrednern bereits ausführlich erwähnt worden. Die Sozialhilfekosten sind nach wie vor hoch und so hat er die Rechnungen von Liestal und der Gemeinde Sissach verglichen, welche als Zentrumsgemeinde auch ein Bad und eine Kunsteisbahn hat, aber einen Riesenüberschuss ausweisen kann. Wenn man die Sozialhilfekosten auf die Einwohnerzahl aufrechnet, so ist der Unterschied sage und schreibe 8 Mio. Franken. Derselbe Vergleich macht bei der Gemeinde Lausen 5 Mio. Franken bei der Gemeinde Seltisberg ebenfalls 8 Mio. Franken aus. Die Hauptgründe dieser grossen Differenzen sind bekannt und Verbesserungen sind nötig, was die Einsicht und Solidarität aller Gemeinden erfordert. Aufgefallen sind ihm auch die hohen externen Beraterkosten, welche in den Gemeinden recht unterschiedlich sind. Trotz einigen Grossbaustellen in Liestal sollten in diesem Bereich doch Verbesserungen möglich sein. Auch das Finanzvermögen von Liestal ist schlecht ausgerichtet. Vor Jahren hatte man das Silber verscherbelt, damit man gute Rechnungen präsentieren konnte und dies rächt sich nun heute. Das Budget 2022 ist vom Stadtrat und der Verwaltung im Rahmen des Möglichen erarbeitet worden und auch seine Fraktion möchte sich dem Dank anschliessen. Der Finanzhaushalt muss auf allen Ebenen wieder einigermaßen ins Lot gebracht werden, doch dürfen die anstehenden Investitionen nicht immer weiter nach hinten verschoben werden, sonst wird die Balance irgend einmal nicht mehr stimmen. Seine Fraktion wird den FIKO-Anträgen zustimmen.

Richard Gafner (FDP) merkt an, dass das Wichtigste bereits gesagt wurde. Das Budget ist unerfreulich und die Folgen der Zentrumslasten unbestritten, weshalb Gespräche mit dem Kanton nötig sind. Auch sind die Steuerreformen bzw. Einnahmehausfälle unschön, da diese nicht kompensiert werden, wie dies damals versprochen wurde. Bei der nächsten Steuerreform dürfen keinesfalls die Gemeinden wieder darunter leiden. Die Resultate der Aufgabenüberprüfung sind erfreulich, doch führten diese schlussendlich nicht zu einem ausgeglichenen Budget. Wichtig ist auch, dass der Engelsaal-Baukredit erst dann beansprucht wird, wenn das Vertragswerk mit den neuen Betreibern auch unterzeichnet ist. Stadtrat und Verwaltung haben wiederum gute Arbeit im Zusammenhang mit dem Budget 2022 geleistet, wofür der beste Dank ausgesprochen wird. Seine Fraktion wird den FIKO-Anträgen ebenfalls zustimmen.

Michael Durrer (GL) berichtet, dass ihn das Budget-Defizit von 4,7 Mio. zur Überlegung bewegen hatte, ob er nicht dem FIKO-Ersatzmitglied seiner Fraktion seinen Kommissionssitz übergeben soll. Diese war nicht ganz so ernst gemeint, doch widerspiegelt sie seine aktuelle Gefühlslage hinsichtlich der finanziellen Situation Liestals recht gut. Es ist frustrierend, wenn man feststellen muss, dass all die Bemühungen der letzten Jahre vergebens und wirkungslos waren, um die Finanzen in den Griff bekommen zu können. Auch ist eine gewisse Ratlosigkeit vorhanden, wenn man bilanzieren muss, dass die sorgfältig durchgeführte Aufgabenüberprüfung und Massnahmen nicht ausreichen, um die Finanzen nachhaltig in den Griff zu bekommen. Es ärgert auch enorm, dass Liestal nicht wegen einer Selbstverschuldung in dieser Situation ist. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass vom Kanton Entscheidungen getroffen werden, welche sich negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken und diese mit den Folgen alleine lässt. Zuversichtlich stimmt ihn, dass der Stadtrat und die Verwaltung trotz den knappen Ressourcen einen guten Job machen. Auch die FIKO und der Einwohnerrat bemühen sich ohne parteipolitische Geplänkel um eine Verbesserung der finanziellen Situation Liestals und dafür möchte er sich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bestens bedanken. Und so wird er auch im kommenden Jahr in der FIKO bleiben und versuchen, gemeinsam mit den anderen Kommissionsmitgliedern an der momentanen Situation etwas verbessern zu können. Wir alle haben gesehen, welche Auswirkungen die Steuervorlage 17 auf die Gemeindefinanzen haben. Und mit der geplanten Vermögenssteuer-Reform auf kantonaler Ebene werden vermutlich weitere Steuerausfälle auf uns zukommen. Der Kanton kann sich solche Steuergeschenke in der aktuellen Situation ja vielleicht noch leisten, doch die Stadt Liestal und viele Gemeinden können es definitiv nicht. Für den Steuerausfall der Gemeinden müsste ein Ausgleich oder eine Kompensation geschaffen werden. Und wenn er lesen muss, dass der Kanton mit der SV 17

gute Erfahrungen gemacht habe, so findet er diese doch etwas deplatziert und gar zynisch, wenn er die zunehmende Verschlechterung der Gemeindefinanzen von Liestal und vielen anderen Gemeinden betrachtet. So bittet er darum, dass sich alle Parteien auf kantonaler Ebene dafür einsetzen, dass die nächste Steuerrevision nicht weitere Löcher in die Gemeindekassen reisst, wie dies bei der SV 17 der Fall ist. Die Grüne Fraktion wird allen FIKO-Anträgen zustimmen.

Benjamin Erni (CVP/EVP/GLP) findet ebenfalls, dass das Budget-Defizit 2022 doch beängstigend ist und es so nicht weiter gehen kann. Auch möchte man all denjenigen den besten Dank aussprechen, welche unter nicht gerade motivierenden Voraussetzungen nach wie vor gute und wichtige Arbeit leisten. Auch die Mittefraktion ist der Meinung, dass nun Signale der Gemeinden an den Kanton nötig und wichtig sind, denn in verschiedenen Gemeinden ist das Budget 2022 vom Souverän gar zurückgewiesen worden. Es kann ja nicht sein, dass der Kanton Steuersenkungen beschliesst und die Gemeinden dann in der Folge ihre Steuern erhöhen müssen. Und in Liestal verhält es sich so, dass die finanzielle Situation auch mit Steuererhöhungen nicht gelöst werden kann und Liestal würde zudem an Attraktivität verlieren, was sich wiederum auch negativ auf die Finanzen auswirken würde. Die FIKO-Anträge werden auch von seiner Fraktion unterstützt.

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Peter Küng (SP) stellt fest, dass die SV 17 für die Stadt Liestal Steuermindereinnahmen von fast 3 Mio. mit sich bringt. Schon damals hatte er noch als FIKO-Mitglied vor den Folgen gewarnt. Er möchte die bürgerlichen Politiker dazu aufrufen, Regierungsrat und Finanzchef Toni Lauber einmal einen Besuch abzustatten, damit ihm die finanzielle Situation der Gemeinden und Stadt Liestal erklärt werden kann. Denn es darf schon erwartet werden, dass man Versprechungen vor der Abstimmung dann schlussendlich auch einhält.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) zitiert aus dem Protokoll der Rats- und Budgetsitzung vom 15. Dezember 2010: ... *Liestal dürfe sich mit einem überdurchschnittlichen Steuereinkommen rühmen. Obwohl Liestal als reiche Gemeinde mit einem guten Steuersubstrat brillieren kann, darf nicht vergessen bleiben, dass dieses nur wegen dem Steuerfuss von 66 % möglich ist, welcher doch wesentlich über dem Kantonsdurchschnitt von 59 % liegt und einen Mehrertrag von rund 3,5 Mio. Franken ausmacht. Rund 13 Mio. stehen an zusätzlichen Schulden betreffend dem Nachholbedarf im Zusammenhang mit den Sanierungsmassnahmen bei den Schulhäusern an. Sollten die Schulbauten-Sanierungen im nächsten Jahrzehnt getätigt werden, wäre somit das gesamte Investitionsvolumen auf Jahre hinaus genagelt, so dass auch kein Spielraum für zusätzliche Investitionen oder innovative Projekte mehr vorhanden ist. Es bleibt dem Einwohnerrat somit auch nichts anderes übrig, als im Rahmen der Voranschläge bei den jährlich wiederkehrenden Fix- und Verwaltungskosten anzusetzen. Langfristig gesehen wird man keine gesunde Finanzsituation haben und so müssen in einem demokratischen Prozess im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan die Prioritäten gesetzt sowie dieselben vom Stadtrat umgesetzt werden. Der Einwohnerrat muss klare Entscheide fällen, doch ist auch der Stadtrat gefordert, indem er dem Rat aufzeigt, ob diese praktikabel sind und welche Auswirkungen diese haben werden. Der jetzige Zustand kann wirklich nicht als gut bezeichnet werden, denn es bleibt keinerlei Spielraum für unvorhersehbare Investitionen, welche gegebenenfalls zusätzlich noch zwingend realisiert werden müssten. Das vorliegende Budget muss nicht abgelehnt werden, doch sind gewisse Retuschen nötig. Vom Stadtrat ist das Postulat „Steuersenkung planen“ noch nicht beantwortet worden, so ist dem Einwohnerrat nach wie vor unbekannt, wie sich der Stadtrat bei einer Selbstfinanzierung von 4 Mio. Franken und einer ausgeglichenen Rechnung noch eine Steuersenkung vorstellen könne. Er erwarte, dass dem Einwohnerrat vom Stadtrat künftig viel konkretere Vorschläge unterbreitet werden. ...* Dieses Votum hatte Gerhard Schafroth der Mittefraktion im Zusammenhang mit dem Budget 2021 abgegeben. Amtsaltere Ratsmitglieder werden sich daran erinnern, dass dieser immer wieder Folgen prognostizierte hatte, welche nun eingetroffen sind. Geglaubt hatten ihm nur wenige Ratsmitglieder

und seinen Empfehlungen sind weder die Einwohnerrats- noch Stadtratsmitglieder gefolgt, unabhängig von welcher Partei. Auch wenn wir wertvolle Zeit verloren haben, dürfte es zumindest trösten, dass wir heute nicht viel besser dastehen würden, wären wir seinen Empfehlungen gefolgt. Stadtrat und Einwohnerrat haben im letzten Jahrzehnt die Hausaufgaben durchaus gemacht. Doch dieser wird vor unlösbare Aufgaben gestellt, was mit den Zentrumsleistungen Liestals und all den gebundenen Ausgaben zusammenhängt, die den Gemeinden von Bund und Kanton ohne Mitspracherecht abverlangt werden. Ohne substanzielle Änderungen wird es Liestal auch in Zukunft nicht möglich sein sein, ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können, ohne dass versteckte Schulden aufgebaut werden. Die vorgängig zitierten Investitionen sind auch nach 10 Jahren teilweise immer noch nicht getätigt worden und trotzdem sind wir im Minus. Steuererhöhungen würden das Problem auch nicht lösen, denn selbst bei einem Steuerfuss von über 70 % wäre nur ein Spar-Budget möglich, bei welchem die Investitionen weiter zurückgestellt würden. Sollten wir etwas mehr Spielraum haben wollen, müssten die Steuern bis gar bis zum Maximum von 80 % erhöht werden, was unzumutbar ist. Verschiedene Steuerzahler dürften in einem solchen Fall Liestal den Rücken kehren. Die Problematik ist erkannt und nun braucht es die Diskussion über eine faire Verteilung der Aufgaben und Einnahmen zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Schliesslich steht der Kanton mit seiner Aufsichtsverantwortung gegenüber seinen Gemeinden in der Verantwortung und das Problem muss nun rechtzeitig angegangen und gelöst werden. Das Haus brennt und nun braucht es Andere, die bereit sind, dem Hauseigentümer bei den Löscharbeiten zu helfen, denn alleine kann kein Haus gelöscht werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die gute Aufnahme des doch schlechten Budget 2022 und möchte sich noch zu einigen vorgängigen Voten äussern. Die externen Beratungskosten haben nichts mit den Quartierplanungen zu tun, sondern darin sind die Schulzahnpflege, KESB etc. enthalten. Natürlich würde es dem Finanzvermögen gut tun, wenn die Stadt auch noch Immobiliengeschäfte tätigen würde, doch im Moment ist die Lage sehr unsicher. Auch wurde in der Vergangenheit kein Silber oder andere Schätze verscherbelt. Es darf nicht dem Kanton die alleinige Schuld für die finanzielle Situationen der Gemeinden in die Schuhe geschoben werden, zumal nicht vergessen werden darf, dass ja schliesslich der Landrat die neuen Gesetzgebungen verabschiedet. Er unterstützt aber doch auch die Forderungen aus dem Landrat, dass die vom Kanton beanspruchten Landflächen entschädigt werden. Im Zusammenhang mit der Aufgabenüberprüfung ist festzuhalten, dass es sich dabei nicht um ein Sparpaket handelt, denn dabei sind Massnahmen geprüft worden, die die Ausgaben- und auch Einnahmenseite betreffen. Auch er möchte sich im Zusammenhang mit dem Budget 2022 für die geleisteten Arbeiten der Verwaltung und insbesondere Stadtverwalter Marcel Meichtry sowie Finanzchef Tobias Wagner bedanken, welche sich nach ihrem Stellenantritt gleich mit der Budgetearbeitung befassen mussten. Auch die gute Zusammenarbeit mit der FIKO möchte er würdigen und verdanken. Als Optimist möchte er hinsichtlich dem oftmals erwähnten Frust festhalten, dass ein geteilter Frust nur ein halber Frust ist.

6. Anträge

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass die stadträtlichen Anträge von der FIKO unterstützt werden.

Die Ratsmitglieder sind mit E-Mail des Ratsschreibers vom 17. Dezember 2021 darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass keine Einzelanträge gemäss § 51 ER-Geschäftsreglement eingegangen sind.

Folglich muss über keine Zusatzanträge der FIKO und auch über keine Einzelanträge abgestimmt werden.

Jahresprogramm 2022

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2022 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Steuerfuss, Steuersätze und Feuerwehersatzabgaben 2022

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben 2022 werden gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO einstimmig beschlossen.

Gebühren

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird von den im Jahre 2022 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie Hundehaltung Kenntnis genommen.

Teuerungsausgleich

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden. Gemäss vorgängiger Mitteilung des Stadtpräsidenten zieht der Stadtrat seinen Antrag zurück bzw. unterstützt den FIKO-Antrag.

://: Dem Antrag der FIKO wird mit 34 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und kein Teuerungsausgleich für die Besoldung 2022 beschlossen.

Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) kann feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Erfolgsrechnung 2022 sowie die Investitionen gemäss 5. Antrag des Stadtrates werden einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) erklärt, dass das Budget 2022 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2021-72 nach den heutigen Entscheiden keine Änderungen erfahren hat. Er kann feststellen, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2022 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2020-70 einstimmig genehmigt.

135 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplanung «Im Oristal» - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2021-64)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass das Geschäft an der letzten Sitzung vom 24.11.2021 bereits in einer ersten Lesung beraten wurde. An der heutigen Sitzung möchte man deshalb auf Wiederholungen verzichten.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

Stadtrat Daniel Muri stellt fest, dass mit der Realisierung des qualitativ und architektonisch hochstehenden QP Im Oristal Liestal ein weiteres Vorzeigeprojekt erhält, welches weit über die Gemeindegrenze hinaus ausstrahlen wird. Den Stadtrat überzeugt die gemischte Nutzung des QP mit Wohnen, Kita, Gastronomie, einer internationalen Schule sowie grosszügigen Aussenraumgestaltung. Die grosse Sporthalle, welche auf das Schulgebäude zu stehen kommt, wird gegen Entgelt auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission (BPK) abstimmen lässt.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Quartierplanung «Im Oristal» bestehend aus dem Quartierplan-Reglement vom 18.12.2020 und dem Quartierplan, Situation und Schnitte, 1:500 vom 25.01.2021.

136 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplanung «Mühlemattstrasse» - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung und Beschlussfassung (Nr. 2021-68)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass das Geschäft am 24.11.2021 bereits in einer ersten Lesung beraten wurde, weshalb man an der heutigen Sitzung auf Wiederholungen verzichten möchte.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der QP Mühlemattstrasse bzw. das neue Parkhaus im Zusammenhang mit dem Masterplan Rheinstrasse ein wichtiger Grundstein für die weitere Entwicklung des Vorstadtareals ist. Der Stadtrat freut sich, dass dieser QP in der BPK und im Einwohnerrat so gut angenommen wurde. Damit wird ein wichtiger Meilenstein erreicht, damit die verschiedenen oberirdischen Parkplätze des Kantons und des Kantonsspitals frei gespielt werden können.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden und er nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission (BPK) abstimmen lässt.

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Quartierplanung «Mühlemattstrasse» bestehend aus dem Quartierplan-Reglement und dem Quartierplan, Situation und Schnitte, 1:500 vom 31.08.2021.

137 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Stadthalle – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zur Initiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal (Nr. 2021-37)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Werner Fischer (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2021-37a und stellt diesen vor: Das Geschäft ist von der Kommission an 6 Sitzungen besprochen und intensiv diskutiert worden. Ganz anfänglich war die Prüfung der Initiative hinsichtlich ihrer Gültigkeit das grosse Thema gewesen. Gewisse Mängel mussten festgestellt werden. So richtet sich die Initiative entgegen § 122 des Gemeindegesetzes an den Stadtrat und nicht an den Einwohnerrat. Zudem ist im ersten Satz ein Prüfungsauftrag enthalten, währenddem im dritten Satz formuliert ist, dass mit der Prüfung das Ziel erreicht werden soll, dass der Einwohnerrat bzw. der Souverän innert zwei Jahren über eine Abstimmungsvorlage betreffend der Stadthallen-Realisierung entscheiden kann. Somit steht das Begehren auf die Realisierung einer Stadthalle im einem Widerspruch zum Begehren auf die Prüfung einer solchen. Nach dem Grundsatz, dass der Initiativtext im Zweifel zu Gunsten der Volksrechte ausgelegt werden soll, kann von der BPK die Initiative als gültig erklärt werden, was ebenfalls der stadträtlichen Argumentation gemäss Vorlage Nr. 2021-37 entspricht. Die vom Stadtrat vorgelegte Machbarkeitsstudie ist anfänglich nicht überall auf Begeisterung gestossen. Mit der Machbarkeitsstudie wurde aber sehr gut untersucht, ob es in Liestal geeignete Standorte für eine Stadthalle gibt. Bei den 11 vorgeschlagenen Standorten sind die Flächen genügend gross, dass die mit der Initiative geforderte Kapazität für 1'000 bis 1'500 Personen überhaupt in Frage kommt. Das Umfunktionsieren des heutigen Gewerbeschulhauses in eine Stadthalle ist nicht möglich, da damit der Nutzungsbedarf gar nicht abgedeckt werden könnte. Auch wurden Vergleiche mit dem zwischenzeitlich abgelehnten Hallenprojekt in Aesch sowie den bereits bestehenden Hallen in Lausen und Volketswil angestellt. Als wesentliche Erkenntnis der Machbarkeitsstudie kann festgestellt werden, dass es in Liestal keinen wirklich geeigneten Standort für eine Stadthallen in der geforderten Dimension gibt. Für eine weitere und vertieftere Studie müsste mit zusätzlichen Kosten von rund CHF 300'000 gerechnet werden. Die Investitionen für eine Stadthalle in der gewünschten Dimension werden auf 13 bis 20 Mio. Franken und die Betriebskosten auf rund 1,3 bis 1,7 Mio. Franken pro Jahr geschätzt. Und selbst wenn man von den tieferen Betriebskosten ausgeht, würden mit einer Stadthalle zusätzliche Unterhaltskosten von rund CHF 25'000 pro Woche für die Stadt Liestal anfallen. Bei einer Anhörung wurden Vereinsvertreter von der BPK angehört und von diesen wurde der Bedarf einer Stadthalle damit begründet, dass die bestehenden Hallen in Liestal sehr voll sind, es braucht zusätzlichen Platz für Sportmannschaften für die Trainings, es braucht Platz und Hallen für kulturelle Events und Meisterschaftsspiele, zusätzlicher Platz und Lagerräume für Requisiten und diverses Material wird benötigt, die Halle müsste sicher grösser sein als der KV-Saal und eine gute Akustik ist sehr wichtig. Die BPK ist zur Erkenntnis gekommen, dass sich all die Wünsche und Begehrlichkeiten mit einer einzigen Halle gar nicht erfüllen lassen. Und eine Dreifachturnhalle mit einer guten Kulturhalle sowie guten Akustik lässt sich nur sehr schwer oder gar nicht realisieren. Stark wurde auch kritisiert, dass kein Zeichen gesetzt wurde, wie man dies machen könnte. Auftrags der BPK wurden vom Stadtrat Abklärungen bezüglich finanziellen Unterstützungen und einem Sponsoring getroffen und die diesbezüglichen Ergebnisse sind sehr detailliert im BPK-Bericht aufgeführt. Beim Swisslos-Fonds verhält es sich so, dass auf dem Engelsaal immer noch ein Grundpfandrecht von über 2,5 Mio. Franken zu Gunsten des Kantons vorliegt und die Chance für weitere finanzielle Fondsbeiträge an eine Stadthalle äusserst gering sind. Gemäss kantonalem Sportamt müssen relativ hohe Kriterien erfüllt werden, so müsste die Stadthalle Liestal für mindestens 1'500 Zuschauer Platz bei Sportveranstaltungen bieten, damit diese von kantonaler Bedeutung ist und Beiträge gesprochen würden. Dabei würde sich die kantonale Beteiligung bei Total-Investitionskosten von rund 15 Mio. Franken auf max. 2 Mio. Franken

belaufen. Von der Bildungs- und Kulturdirektion ist eine indirekte Unterstützung in Aussicht gestellt worden, indem der Kanton allenfalls die Halle für kantonale Veranstaltungen mieten würde. Bezüglich einer Unterstützung durch die Bürgergemeinde Liestal ist der Bürgerrat der Meinung, dass eine Absichtserklärung im jetzigen Zeitpunkt doch Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse haben könnte, was man vermeiden möchte. Die Kosten für eine neue Stadthalle müssten somit zu einem sehr grossen Teil von der Stadt selbst getragen werden und eine finanzielle Beteiligung durch Dritte ist praktisch ausgeschlossen. Auch das Initiativkomitee ist bezüglich weiteren möglichen Geldgebern angefragt worden, doch habe man darauf keine Rückmeldung oder Vorschläge erhalten. Die Initiative ist von über 1'000 Stimmberechtigten unterzeichnet worden und der BPK ist der Ansicht und ein Anliegen, dass diese den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet werden soll. Die BPK beantragt deshalb, dass die Initiative für rechtsgültig erklärt wird und dass der Einwohnerrat der Initiative keine Folge leistet, was eine Gemeindeabstimmung zur Folge hat.

Dominik Beeler (GL) hält fest, dass sich die BPK sehr intensiv mit der Initiative auseinandergesetzt hatte und seine Fraktion den BPK-Anträgen zustimmen wird. Seiner Fraktion war es wichtig, dass man das Volksbegehren und die Initiative sehr ernsthaft berät und keine Scheinberatung macht, nun weil man sich eine Stadthalle finanziell nicht leisten kann. Die BPK hatte Vereinsvertreter angehört, welche die Initiative unterstützen, und auch den Stadtrat betreffend der Machbarkeitsstudie befragt. Anschliessend wurden vom Stadtrat auch weitere Abklärungen bezüglich einem Sponsoring sowie finanziellen Unterstützungen durch Dritte getroffen. Ein mögliches Sponsoring ist ja auch von den Initianten öffentlich beworben und thematisiert worden, doch diese Erwartungen wurden nach weiteren Abklärungen hinter den Kulissen schlussendlich zerschlagen. Die Vereine sind alle mit dem Versprechen eingeladen worden, dass das Projekt ihr aktuellen Probleme lösen kann. Die Probleme der Vereine gibt es zweifellos und diese werden auch nicht bestritten. Allerdings ist dabei ausgeblendet worden, dass sich diese Anliegen zum Teil stark widersprechen und der Bau einer Stadthalle, die all die Bedürfnisse abdecken würde, schlichtweg unrealistisch ist. Eine Dreifachturnhalle mit Basketballkörben und Handball-Toren wird gewünscht, andere wünschen eine Halle mit Parkettboden und mit Spiegelwänden zum Tanzen, eine Halle mit einer grossen Bühne und professionellen Bild- und Tontechnik sowie tollen Akustik darf auch nicht fehlen usw. Die unterschiedlichen Erwartungen an die Stadthalle könnten auch mit einer eierlegenden Wollmilchsau verglichen werden. Damit möchte er die Probleme und Bedürfnisse der Liestaler-Vereine keinesfalls leugnen, welche fraglos einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in Liestal leisten. Das grosse Versprechen gegenüber den Vereinen, mit einer Stadthalle deren Bedürfnisse abdecken zu können ist jedoch absurd und auch unfair. Dazu kommen noch die Probleme mit dem Standort sowie der Finanzierung mit rund 13 – 15 Mio. Franken zuzüglich den jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten von rund 1,3 – 1,7 Mio. Franken. Auch liegen bezüglich dem in Aussicht gestellten Sponsoring keine konkreten Zusagen vor. Die Vereine sind wichtig und seine Fraktion ist der Meinung, dass die Stadt Liestal im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles tun muss, um deren wichtiges Engagement unterstützen zu können. Erfreulich ist ja, dass mit dem Anbau beim Gestadeck-Schulhaus ein neuer Raum für öffentliche Anlässe entsteht, der Engelsaal wieder belebt werden soll und mit dem Quartierplan Im Oristal eine neue Turnhalle realisiert wird, welche auch für die öffentliche Nutzung gemietet werden kann. Auch wird die EBL auf ihrem Areal eine Event-Location mit Auditorium baut, wo bis gegen 3'000 Personen Platz finden werden. Weil das Stadthallen-Thema die Bevölkerung stark beschäftigt, ist es wichtig, dass diese darüber auch abstimmen kann. Er ist auch zuversichtlich, dass die BPK und der Einwohnerrat mit seinen Argumenten die Bevölkerung auch überzeugen kann. Im Moment werden aus finanziellen Gründen Schulhaussanierungen hinaus geschoben und man sich auch darüber Gedanken machen muss, ob wir uns noch Schwimmbad leisten können, ist das Stadthallen-Projekt völlig unverantwortlich. Der Einwohnerrat muss deshalb ein klares Zeichen setzen und die Initiative ablehnen. Dem Stadtrat und der Verwaltung möchte er den besten Dank für die Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie aussprechen. Ebenfalls dankt er der BPK für die Vorberatung dieses Geschäfts sowie den sympathischen Vereinsvertretern, welche von der BPK angehört wurden. Auch möchte man sich bei all den Vereinen Liestals für ihr grosses Engagement für das kulturelle und gesellschaftliche Leben in Liestal bedanken. Leider

können nicht alle Vertreter der IG Stadthalle als sympathisch bezeichnet werden. So wurde ihm am Telefon von einem IG-Vertreter erklärt, dass alle Einwohnerratsmitglieder, welche die Initiative ablehnen werden, mit einem Plakat vor den Wahlen öffentlich bekannt gemacht werden. Bei dieser Drohung geht man wohl davon aus, dass ihm sein Sitz hier im Einwohnerrat wichtiger ist als seine Überzeugungen. Der Einwohnerrat hat aber die Interessen der Bevölkerung zu vertreten und nicht nach der Pfeife der lautesten Lobby zu tanzen. Auch werden in Briefen Ratsmitglieder namentlich genannt und erklärt, dass diese unabhängig jeglicher Argumente sowie ohne Wenn und Aber für das Stadthallen-Projekt kämpfen müssen, weil sie die Initiative unterschrieben haben, wirkt das doch sehr befremdlich. Zumal eine solche Vorgehensweise auch juristisch zweifelhaft ist, da die Daten der Unterzeichnenden doch nur für die Gemeinde bestimmt sind. Auch er selbst hatte die Initiative unterschrieben, weil er das Stadthallen-Projekt ebenfalls prüfen wollte, was der Stadtrat und auch die BPK mit den bekannten Ergebnissen auch gemacht hatte. Wer sich von der IG so verhält, dem fehlt es an Anstand und Respekt vor unserem demokratischen System. Und er hofft darum, dass es doch einen fairen Abstimmungskampf geben wird, in welchem sich das Stimmvolk Liestal ohne solche Methoden für die besseren Argumente entscheiden kann. Die Grüne Fraktion unterstützt die Anträge der BPK und ist auch bereit, die aufgezeigten Argumente im Abstimmungskampf zu vertreten. Sollte der Souverän die Initiative doch annehmen, so wäre seine Fraktion auch bereit, einen entsprechenden Planungskredit für eine Stadthalle mitzutragen, doch müsste dieser dann ehrlicherweise auch mit einer Steuererhöhung verbunden werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass vom Vorredner bereits das Wichtigste gesagt wurde und sie lediglich ein paar Ergänzungen festhalten möchte. Das Vereinsleben ist ein wichtiger Bestandteil von Liestal, es gibt immer mehr Vereine und die Bedürfnisse steigen. Bedauerlicherweise wurde das frühere Militärhallen-Projekt nicht realisiert, sonst hätten wir heute eine andere Ausgangslage. Die Stadthallen-Initiative ist ein schwieriges und komplexes Thema, was in der BPK und auch in der Mittefraktion kontrovers diskutiert wurde. Die Initiative soll für gültig erklärt werden und eine Machbarkeitsstudie liegt bereits vor, welche aufzeigt, dass wir in Liestal keinen geeigneten Standort für eine Stadthalle in dieser Dimension gibt. Die hohen einmaligen Investitionskosten und hohen jährlichen Folgekosten können wir uns aktuell nicht leisten. Bei der Anhörung von Vereinsvertretern in der BPK wurde festgestellt und bestätigt, dass die Hallen in Liestal voll ausgebucht sind und ein weiterer Bedarf besteht. Bezüglich dem in Aussicht gestellten Sponsoring liegt einzig eine Beitragsleistung über KASAK 4 drin, was aber mit grösseren Auflagen verbunden ist und jährliche Beiträge an die Unterhaltskosten sind ausgeschlossen. Auch der Bürgerrat setzt sich mit dem Thema Finanzierungsbeitrag auch erst dann auseinander, wenn verbindliche politische Entscheide vorliegen. Wir alle hätten gerne eine Stadthalle, deshalb habe sie ebenfalls die Initiative unterschrieben. Bringt man aber die Gemeindefinanzen ins Spiel, muss man doch vernünftigerweise sagen, dass man sich eine solche nicht leisten kann. Vom Vorredner wurden Räumlichkeiten und Hallen für Vereine aufgezählt, welche künftig wieder oder zusätzlich den Vereinen zur Verfügung gestellt werden können. Erwähnt muss doch auch werden, dass auch das Gitterli-Schwimmbad finanziell noch gestemmt werden muss. Die Mittefraktion stimmt den BPK-Anträgen einstimmig zu.

Peter Bürgin (FDP) erklärt, dass er selbst die Initiative nicht unterschrieben habe und über diese doch schon sehr viel gesagt und geschrieben wurde. Diese ist auch in seiner Fraktion eingehend diskutiert worden, doch werden die Anträge der BPK einstimmig unterstützt. Abgesehen von der mangelnden Logik im Initiativtext wird die Gültigkeit der Initiative zu Gunsten des Initiativkomitees unterstützt. Die finanzielle schlechte Lage ist allgemein bekannt und entgegen den mehrfachen Beteuerungen der Initianten liegen schlussendlich auch keine konkreten Sponsorenbeiträge oder Zusicherungen für finanzielle Unterstützungen durch Dritte vor. Die Bürgergemeinde und auch keine Institutionen stehen für eine finanzielle Unterstützung ein, was den Neubau und auch den künftigen Unterhalt betrifft. Eine diesbezügliche Anfrage an das Initiativkomitee für mögliche finanzielle Beiträge Dritter ist unbeantwortet geblieben. Mittlerweile haben sich ähnliche Unterfangen wie beispielsweise das Dom-Projekt in Aesch in Luft aufgelöst, wo die nicht vorhandenen Finanzen ebenfalls der Hauptgrund waren. Auch die umfassende Machbarkeitsstudie steht im Mittelpunkt, wobei dieser entnommen werden, dass

das Projekt alleine schon an der Standortfrage scheitert und keine vernünftige Lösung präferenziert werden kann. Nebst all den konkreten Argumenten, welche gegen eine Stadthalle sprechen, ist doch auch der Engelsaal zu erwähnen, welcher ebenfalls finanzielle Mittel beanspruchen wird. Die Forderungen der Initianten nach einer Stadthalle entspricht durchaus dem Vergleich einer eierlegenden Wollmilchsau. Eine Stadthalle mit einer Nutzung für Kultur und Sport lässt sich kaum vereinbaren. Liestal verfügt bereits über diverse Einrichtungen für die Vereine und besitzt auch das kostenintensive Gitterli-Bad, bei welchem noch Lösungen in finanzieller Hinsicht gesucht werden müssen. Die Initiative ist mit mehr als 1'000 Unterschriften unterzeichnet und eingereicht worden, somit besteht ein grundsätzlicher Wunsch für eine neue Stadthalle in der Bevölkerung. Den Initianten ist deshalb für ihr Engagement zu Gunsten der Vereine eine gewisse Wertschätzung entgegen zu bringen. Die Ansprüche der Initiative sind aber angesichts der Möglichkeiten der Stadt Liestal zu hoch gesteckt, weshalb seine Fraktion die BPK-Anträge auch einstimmig unterstützen wird.

Bernhard Bonjour (SP) stellt fest, dass die Politik meist einfach ist und man doch vielfach mit einem klaren Ja oder Nein antworten kann. Dies ist aber bei der Stadthallen-Initiative nicht ganz so einfach, so werden in der SP-Fraktion ganz unterschiedliche Meinungen vertreten. Die Bedürfnisse der Initianten werden verstanden und die Initiative muss man auch ernst nehmen. Ein Teil seiner Fraktion möchte möglichst bald eine neue Stadthalle, ein weiterer Teil hält aber eine kurzfristige Realisierung nicht möglich und der letzte Teil betrachtet die Stadthalle angesichts der finanziellen Situation nicht als prioritär zu behandelndes Projekt. Die Initiative selbst ist zu wenig klar formuliert, hat zu viele Widersprüche und probiert zu viele unterschiedliche Interessen zu vertreten, welche nicht unter einen Hut gebracht werden können. Man ist froh über die Machbarkeitsstudie der Verwaltung und diese zeigt auf, dass die Realisierung einer Stadthalle zu teuer wäre. Vielleicht gibt es einen anderen Weg, um zu einer Stadthalle kommen zu können, doch sind im Moment keine konkreten Vorstellungen vorhanden, welche man konkret umsetzen könnte, weshalb die Fraktionsmehrheit der Initiative nicht Folge leisten wird. Entgegen der stadträtlichen Meinung ist die SP-Fraktion der Ansicht, dass die Initiative nicht erfüllt wird. Deshalb wird der BPK-Antrag unterstützt, dass die Initiative abgelehnt wird und es folglich zu einer Volksabstimmung kommen wird. Auch wenn sich gewisse Leute der Hauptinitianten unanständig benehmen, müssen doch diejenigen Leute ernst genommen werden, welche die Initiative unterschrieben haben und so soll diesen auch die Möglichkeit gegeben werden, an der Urne entscheiden zu können.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, dass er selbst die Initiative auch unterschrieben habe. Er möchte auch nicht näher auf die finanzielle Situation der Stadt Liestal und auf die Rechtsgültigkeit der Initiative eingehen. Wenn aber über 1'000 Personen in Liestal eine Initiative unterschrieben, so haben diese doch ein gewisses Gehör verdient. Als Mitglied eines Vereins hätte er auch gerne eine Stadthalle, doch als Einwohnerrat ist er verpflichtet, die Machbarkeit und Finanzierung einer solchen anzuschauen. Im BPK-Bericht werden die diesbezüglichen Fragen auch beantwortet. Unterstreichen möchte er, dass der Stadtrat mit der Auftragserteilung für eine Machbarkeitsstudie seine Hausaufgaben gemacht hat. Bezüglich dem von den Initianten erwähnten Sponsoring hat man nichts gehört und die Sponsorensuche dürfte sehr schwierig werden. Er möchte es nicht unterlassen, den Initianten für ihr Engagement zu danken und nun hofft man noch auf eine faire Abstimmung. Das Stimmvolk soll über die Initiative abstimmen können und deshalb unterstützt die SVP-Fraktion auch die BPK-Anträge.

Anja Weyeneth (SP) unterstützt als Einzelsprecherin die gemachte Aussage, dass dieses Geschäft sehr komplex ist und man verschiedene Hüte tragen kann. Angesichts der kontroversen Diskussionen ist eine Urnenabstimmung wichtig. Der schnellste Weg dazu ist es natürlich, wenn man heute den BPK-Anträgen zustimmt. Sie hat die Initiative auch unterschrieben und ein solcher Weg wäre deshalb ein Widerspruch, würde sie der Initiative keine Folge geben. Sie wird deshalb ein Zeichen setzen und sich enthalten, um ein Mittelmass finden zu können. Ihre Enthaltung ist deshalb als positives Zeichen zu verstehen. Sie wünscht dem Kantonshauptort Liestal ein repräsentatives Kulturzentrum in einer angemessenen Grösse.

Daniel Jurt (SVP) weist darauf hin, dass er selbst auch gerne eine Stadthalle hätte. Er selbst wird auch für die Durchführung von Grossanlässen im Kantonshauptort Liestal für mehr als 1'000 Personen angefragt, muss diese aber abschlägig beantworten. Ein solches Projekt dürfte wohl nur mit Unterstützung von Nachbargemeinden Wirklichkeit werden, doch wenn man das Gitterli-Bad betrachtet, kann dies wohl kaum erwartet werden. Vor rund 20 Jahren wurde die Militärhalle abgelehnt und auf den Engelsaal gewettet. Es ist richtig, dass über die Initiative an der Urne abgestimmt wird. Den Stimmberechtigten muss aber klarer Wein eingeschenkt werden und diese über die Kostenfolgen sowie die Steuererhöhungen informiert werden, welche bei einer Annahme der Initiative unumgänglich wären, sollten sich keine Sponsoren finden, welche die einmaligen Investitionen sowie künftige jährlichen Unterhaltskosten mitfinanzieren würden.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, dass er auch zwei Seelen der Brust habe, denn das Anliegen für eine Stadthalle findet er zwar sympathisch, zumal das Bedürfnis für eine solche nicht nur bei den Vereinen, sondern auch bei Liestal als Kantonshauptstadt vorhanden ist. Auch er wird den BPK-Anträgen zustimmen. Wichtig ist aber doch, dass der Souverän über die Initiative an einer Urnenabstimmung entscheiden kann, denn es ist richtig, dass bei einer Initiative mit über 1'000 Unterschriften nicht der Einwohnerrat endgültig und abschliessend entscheiden kann. Auch das Behördenreferendum wäre ein möglicher Lösungsweg gewesen, doch hätte dies nur einen atmosphärischen Unterschied ausgemacht.

Stadtrat Daniel Muri legt dar, dass eine Initiative mit über 1'000 Unterschriften ein eindeutiges und klares Begehren von einem grossen Teil der Bevölkerung ist. Leider ist das Militärhallen-Projekt vor Jahren vom Souverän abgelehnt worden, die Stadt und der Bund hätten die Investitionskosten von je rund 7 Mio. Franken übernommen. Die Stadthallen-Initiative ist vom Stadtrat und auch dem Einwohnerrat sehr ernst genommen worden. Mit der Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie ist der Wunsch der Initianten vom Stadtrat auch seriös geprüft worden. Unter all den einbezogenen Parametern ist eine Stadthalle nicht realisierbar, denn die Standortfrage ist ungeklärt und die Investitions- sowie künftigen Unterhaltskosten liegen im Moment schlichtweg nicht drin. Der Bedarf für eine Halle mit einem Fassungsvermögen von 1'000 bis zu etwa 1'500 Personen konnte auch von den Initianten nicht nachgewiesen und dargestellt werden, da auch die Spanne zwischen 1'000 und 1'500 Personen doch sehr hoch ist. Gemäss nachträglichen Abklärungen und Erkundigungen wird die Finanzierung solcher Projekte durch den Kanton sehr restriktiv gehandhabt, selbst wenn ein solches in der Kantonshauptstadt realisiert wird. Vier Gemeinden müssten sich zusammen schliessen, damit der Kanton auch nur einen Bruchteil der Investitionskosten übernehmen würde, wobei der Kanton an die laufenden Betriebskosten keinerlei Beiträge leisten würde. Stadtrat und Einwohnerrat stehen immer wieder vor solchen Herausforderungen und die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Bevölkerung müssen priorisiert und im Budget sowie Entwicklungs- und Finanzplan eingestellt werden. Es steht der Bevölkerung frei, dem Stadtrat und Einwohnerrat eine andere Priorisierung vorzugeben, deshalb dürfte ein Urnenentscheid eine Chance dafür sein, die Prioritäten des Stadtrates und des Einwohnerrates mit denjenigen der Bevölkerung abgleichen zu können. Bei einer Annahme der Initiative müsste dann in einem nächsten Schritt eine Vorstudie in Angriff genommen werden, welche erfahrungsgemäss bis TCHF 400 kosten dürfte. Auch dann dürfte die Standortfrage für ein solches Grossprojekt noch nicht geklärt sein. Selbstverständlich wird man den Urnenentscheid sehr ernst nehmen, denn letztlich geht es auch dem Stadtrat darum, Liestal für seine Bevölkerung möglichst attraktiv machen zu können.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die Anträge der BPK abstimmen lässt.

- ://: Einstimmig wird vom Einwohnerrat die nichtformulierte Gemeindeinitiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal für rechtsgültig erklärt.

- ://: Der Einwohnerrat gibt der nichtformulierten Gemeindeinitiative betreffend Stadthalle für Kultur und Sport in Liestal, welche die Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie verlangt, mit 32 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen keine Folge.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) wünscht allen Anwesenden und ihren Angehörigen besinnliche Weihnachtstage, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem gute Gesundheit.

Schluss der Sitzung: 18.55 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Markus Rudin

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann